

Die Katastrophenpolitik der Alldeutschen.

N Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Die Alldeutschen verzagen nicht so bald. Erreichen sie ihr Ziel nicht mit dem ersten Wurf, so machen sie neue Anstrengungen, und so geht dann das Messeltreiben gegen die Reichsleitung und ganz besonders gegen den Staatssekretär von Kühlmann munter weiter. In den alldeutschen Blättern in Berlin und im Reich wird dabei mit Gründen und Vorwürfen gearbeitet, die durch ihre gleichzeitige Anwendung derselben Informationsquelle verraten. Der Hauptauslöser des Reichstages hat durch seine kluge Zurückhaltung, die er in Kriegsfragen gelibt hat, bewiesen, daß er die Erfordernisse unserer Zeit versteht und keine Möglichkeiten schaffen möchte, aus denen das Ausland Vorteile ziehen könnte, und wie Nachteile bei den in Brest-Litowsk wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen erleiden müßten. Die Alldeutschen, die vor und während des Krieges unserer Sache so vielen Schaden zugefügt haben, kennen das Gebot der Disziplin nicht. Ihnen geht das Agitationsbedürfnis über das Staatsinteresse und deshalb greifen sie bei ihrem Kampfe auch zu Mitteln, die, wenn sie von anderen Parteien angewendet würden, von ihnen als Gefährdung unserer militärischen Interessen und der Kriegsführung bezeichnet werden würden. Begeistert sich doch sogar heute abend die „Deutsche Zeitung“ zu der verheißenden Drohung, daß „die größten Erfolge der deutschen Waffen im Westen, die unsere Feinde seit Wochen befürchteten, unterbleiben würden, wenn die Heerführer sehen müßten, daß die mit großen Blutopfern errungenen militärischen Erfolge zur Erzielung politischer Resultate nicht ausgenutzt werden, nicht ausgenutzt werden dürfen.“

Das heißt die gegenwärtige Katastrophenpolitik auf die Spitze treiben, und das heißt unseren großen Heerführern Motive unterstellen, die sie sicherlich weit von sich weisen würden. Zu der ersten Beleidigung, die die alldeutsche Presse ihnen zufügte, indem sie dem Gedanken Raum gab, sie könnten die Sache des Vaterlandes im Stiche lassen, wird dadurch eine zweite gereicht. Ehe weitere militärische Operationen ins Auge zu fassen seien, stellt das führende alldeutsche Blatt die Forderung: „Zuerst müssen die zu erstrebenden Ziele klar vor Augen stehen und danach ist der Krieg dann zu führen.“ Damit verlangt das alldeutsche Blatt, daß die Erwägungen unserer Heerführer davon abhängig zu machen seien oder ganz abhängig wären von den Annahmen. Das heißt dem Sinn dieses ganzen Krieges verdrängen. Das deutsche Volk ist in den Krieg gezogen einmütig und geschlossen mit den Kaiserworten: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Nicht für Anreizforderungen irgend welcher Interessentengruppen lassen die deutschen Soldaten ohne Unterschied des Standes ihr Leben, sondern sie geben es freudig hin in dem festen Bewußtsein, daß von ihnen das Opfer des Lebens nur so lange verlangt wird, als es die Sicherheit des Reiches bedingt. Von diesem festen Bewußtsein sind unsere Kämpfer erfüllt gewesen auf den weiten Gefilden der russischen Ebenen, in den rumänischen und italienischen Bergen und unter den Sonnenstrahlen des Orients. In diesem festen Bewußtsein werden unsere heldenmütigen Truppen auch die Kämpfe bestehen, die ihnen im Westen bevorstehen, denn sie leitet der Gedanke, daß sie mit dem Schwerte unsere Feinde, die bisher jedes Friedensangebot abgelehnt haben, zur Friedensbereitschaft zwingen müssen. Das ist das Ziel, das der Kaiser ihnen nach der Ablehnung seines Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 gesetzt hat; und niemand ist im Deutschen Reich außer diesen alldeutschen Söldlingen auf den Gedanken gekommen, daß die Oberste Heeresleitung, wie es ihr in dem zitierten alldeutschen Blatte unterstellt wird, von anderen Motiven sich hätte leiten lassen können. Wäre es so, wie die „Deutsche Zeitung“ es hinstellt, so hieße das die Grundlage unserer bisherigen Erfolge untergraben. Aber dafür haben die Alldeutschen kein Verständnis.

Sie, die sich als die echten Preußen immer aufzuspielen beliebt, machen auch nicht halt vor der großen Tradition der preussischen Armee, wenn ein Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ sagt, die augenblicklichen Streitfragen, diese Streitfragen, die nämlich durch die Katastrophenpolitik der Alldeutschen aufgeworfen sind, ließen sich nicht mehr werten „aus standesmäßiger Begrenztheit üblicher preussisch-soldatischer Denkwelt“. In dem Zusammenhange, in dem das Blatt diese Meinung ausspricht, ist der Begriff preussisch-soldatische Denkwelt nur so zu verstehen, daß dem Soldaten der Gehorsam gegenüber dem Obersten Kriegsherrn über alles geht. Auf der Grundlage unbedingter Pflichttreue und mit dem Grundsatz, daß Politik nicht in die Armee gehöre, ist die deutsche Armee das gewaltige Instrument geworden, das die glänzenden, alte Welt in Stammen sehenden Leistungen vollbrachte. Diese Grundlage sucht die „Tägliche Rundschau“ mit folgenden Sätzen einfach niederzureißen: „Es gibt einen höheren Gerichtshof des Bewußtseins, und, wenn Männer wie Hindenburg und Ludendorff je an diesen appellieren sollten, so würde jede schmarrende Berufung aufs Kasino nur läppisch und lächerlich wirken können. Wenn Mannesgewissen aufsteht, schweigen alle Vereinsfahrungen.“ Also das moralische Gerüst unserer deutschen Armee war nichts weiter als eine gewöhnliche Vereinsfahrung. So weit sind wir schon gekommen.

Der Kern des Streites der letzten Wochen wird heute etwas deutlicher enthüllt. Die „Deutsche Zeitung“ sagt: „Die politische Leitung steuert nicht nur im Osten, sondern ganz allgemein auf einen Frieden los, der allen militärischen Erfolgen dieses Krieges jeden politischen Zweckcharakter nehmen würde.“ Auf einen allgemeinen Frieden steuern wir doch alle hin. Der Krieg ist doch nur ein Mittel zum Zweck, und der Zweck, den wir zu erreichen suchen, ist, abgesehen von den Alldeutschen, dem ganzen deutschen Volke klar. Wir wollen die Heimat verteidigen und wollen uns Lebensbedingungen erkämpfen, die die freie Entfaltung unserer Kräfte in Zukunft sichern.

In der „Berliner Börsenzeitung“, also einem nationalliberalen Blatt, wird dieser Gedanke guttrefend in folgende Worte gekleidet:

Auch wenn die Friedensmöglichkeit gegenwärtig nur sehr gering ist, so muß unsere auswärtige Politik doch bei allen Maßregeln, die sie ergreift, den einmal kommenden Frieden im Auge behalten. Und wenn auch menschliche Erwägungen heute in weitesten Kreisen nicht allzu hoch im Kurse stehen, so wird sich eine für das Wohlergehen der deutschen Menschheit verantwortliche Regierung doch ununterbrochen mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie in ihren vollen und unseres Volkes Zukunft sichernder Weise diesen Krieg, der durchschnittlich täglich mehr als 1000 deutschen Männern das Leben kostet, zu beendigen vermag. Sie wird in gewissenhafter Beobachtung ihrer Pflichten sich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen eines noch so lange andauernden Krieges bewußt bleiben. Außerden handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß und von deren Art unendlich viel, sowohl für den Kampf selbst, wenn er fortgeführt werden muß, abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate geführt wird. Es mag daher sein, daß der Staatssekretär des Auswärtigen diese großen politischen Ziele zum Teil höher einschätzt wie manche einzelnen Erfolge die möglicherweise den Russen bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und derzeitigen Uneinigkeit abgedrückt werden könnten. Vielleicht stellt er auch für den ganzen Friedensschluß ein bald wieder stark werdendes und trotz mehr oder weniger autonomer Gebiete doch nach außen hin einheitlich in Erscheinung tretendes Rußland in seine Rechnung und entfernt sich dadurch allerdings weit von denjenigen, die der Ansicht sind, auf das zukünftige Rußland brauche man keinerlei Rücksicht zu nehmen.

Das deutsche Volk will auch nach dem Krieg noch weiter leben und will auch nach dem Krieg seinen Platz an der Sonne

behalten, und deswegen muß in der Zeit von unserer Reichsleitung verlangt werden, daß sie ihre Politik nicht auf die Erfordernisse des Tages, sondern auf die lange Zukunft einstellt.